



**PROF. GISELA MÜLLER-BRANDECK-BOCQUET,
KANN EUROPA AUF FRANKREICH'S
ZUPACKENDE AUSSEN- UND
SICHERHEITSPOLITIK NOCH ZÄHLEN?**

**FOKSFELLOW
PERSPEKTIVE**

GASTBEITRAG

8 2026



**BAYERISCHE
WISSENSCHAFTSALLIANZ
FÜR FRIEDENS-, KONFLIKT- UND
SICHERHEITSFORSCHUNG**

Frankreichs Regierung und das Parlament zeigen sich seit Monaten unfähig, einen Haushalt für 2026 zu verabschieden. Was steckt dahinter?

1

Seit dem Oktober 2025 wird in Paris um den nächsten Haushalt gestritten. Ziel der Regierung ist, die exorbitant hohe Verschuldung Frankreichs zu senken. Diese liegt mit einem Haushaltsdefizit von 5,6 % und einer Gesamtverschuldung von 114 % des BIP sehr weit über den Maastrichtkriterien (erlaubt sind 3 resp. 60 %). Den Spar-Kurs will die Nationalversammlung aber nicht hinnehmen. Ein zentraler Streitpunkt dabei war die Rentenreform aus 2023, die eine Lebensarbeitszeitverlängerung von 62 auf 64 Jahre vorsah – die Reform ist von der Nationalversammlung im Oktober 2025 bereits ausgesetzt worden.

Die Strategie, Kompromisse zwischen den abgrundtief divergierenden Positionen zu finden, ist eindeutig gescheitert.

Der seit September 2025 amtierende Premierminister Sébastien Lecornu, ein enger Vertrauter von Präsident Emmanuel Macron, hatte zu Beginn der Budgetberatungen darauf verzichtet, beim Haushalt 2026 ein probates Machtinstrument anzuwenden, das der französischen Exekutive verfassungsrechtlich zur Verfügung steht: Der Art. 49.3 erlaubt es ihr, die Annahme eines Gesetzesvorschlags, hier des Budgets, mit der Vertrauensfrage zu verknüpfen; wird sie daraufhin nicht von der Nationalversammlung gestürzt, gilt das Gesetz ohne weitere Abstimmungen als angenommen. Lecornu hatte den Art. 49.3 aus der Hand gegeben, weil er der Nationalversammlung, in der das Regierungslager derzeit keine Mehrheit hat, die Möglichkeit, aber auch die Verpflichtung zuweisen wollte, Kompromisse zwischen den abgrundtief divergierenden Positionen zu finden. Diese Strategie ist eindeutig gescheitert. Am 20. Januar 2026 beschloss Lecornu daher, wegen anhaltender Kompromissunfähigkeit der Nationalversammlung nun doch den 49.3 anzuwenden. Eine derart erzwungene Annahme des Budgets ist am 2. Februar erfolgt.

Warum zeigt sich die Nationalversammlung derart kompromissunfähig? Handelt es sich um eine Systemkrise?

2

Seit der allenthalben als Kardinalfehler von Macron erachteten vorzeitigen Auflösung der Nationalversammlung im Juni 2024 und den vorgezogenen Neuwahlen gibt es keine Regierungsmehrheit mehr; vielmehr stehen sich die verschiedenen Parteien und Bündnisse vollkommen unversöhnlich und kompromissunfähig gegenüber: das Regierungslager, bestehend aus Macrons Renaissance, den Liberalen von MoDem, den gemäßigt Rechten von Horizons sowie Teilen der konservativen Républicains einerseits, sowie die moderate Linke um die Parti socialiste (PS) und die Grünen, die linksradikale La France insoumise (LFI), die Parti communiste français (PCF) sowie die rechtsextreme Partei Rassemblement National (RN) andererseits.

Vorrangig haben wir es also mit einer Krise des französischen Parteiensystems zu tun.

Hier ist zu betonen, dass das politische System Frankreichs mit der verfassungsrechtlich starken Stellung der Exekutive – Präsident und Premier – sowie dem Mehrheitswahlrecht nicht auf Kompromisse und geteilte Machtausübung ausgerichtet ist. Doch was früher zu politischer Stabilität und exekutiver Handlungsfähigkeit geführt hatte, funktioniert in einer gespaltenen Nationalversammlung ohne klare Mehrheit nicht mehr. Vorrangig haben wir es also mit einer Krise des französischen Parteiensystems zu tun.

Das rechts-links-Schema, das früher unter der Bezeichnung „quadrille bipolaire“ (zweipoliges Viereck) so wirkungsmächtig war, und in dem vier ebenbürtige Parteien zwei Lager bildeten (Kommunisten und Sozialisten das linke, Liberales und Gaullisten das rechte Lager) existiert nicht mehr. Inzwischen ist die PCF bedeutungslos, die PS schwer geschwächt worden. Dafür hat sich am linken Rand die radikale, populistische „La France insoumise“ (Ein Frankreich, das sich nicht unterwirft) von Jean-Luc Mélenchon etabliert. Von den Gaullisten ist unter der Nachfolgepartei Les Républicains ebenfalls nicht mehr viel übriggeblieben. Mit Horizons gibt es eine neue konservative Partei. Zentral ist außerdem, dass Macrons Partei – anfangs La République en marche, derzeit Renaissance – nie richtig Fuß fassen konnte, vor allem nicht in den kleineren Städten und den ländlichen Kommunen. Und schließlich sprengt der Rassemblement National (RN) das herkömmliche Parteiensystem vollständig.

A propos Rassemblement National: Wie groß ist die Gefahr, dass der RN die Präsidentswahl 2027 gewinnt?

3

Zunächst ist festzuhalten, dass der ungebrochene Aufstieg des RN Ausdruck einer veritablen politischen und gesellschaftlichen Krise ist. Durch jahrlange Polarisierung und Hetze hat der Front National (FN) bzw. der Nachfolger RN das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger, vor allem der Jüngeren, in Politik und Demokratie unterminiert.

Letzthin meinten 42 % der Befragten unter 35 Jahren, dass ein anderes System mindestens so gut sei wie die Demokratie; 81 % aller Befragten glauben, dass die Demokratie in Frankreich eher schlecht funktioniere (Le Monde, 21.10.2025). Während 2002 noch 70 % der Französinnen und Franzosen den FN/RN für eine Gefahr für die Demokratie erachteten, sind es derzeit nurmehr 44 % (Le Monde, 13.1.2026). Somit trägt die jahrelange Strategie der dédiabolisation, der Enttäufelung der Rechtsextremen unter der langjährigen Parteichefin Marine Le Pen, ihre Früchte. RN-Positionen sind inzwischen tief in der öffentlichen Meinung Frankreichs verankert.

Somit trägt die jahrelange Strategie der dédiabolisation, der Enttäufelung der Rechtsextremen unter der langjährigen Parteichefin Marine Le Pen, ihre Früchte. RN-Positionen sind inzwischen tief in der öffentlichen Meinung Frankreichs verankert.

Hinsichtlich der Präsidentschaftswahl 2027 ist zu beachten, dass ihr Ergebnis von mehreren Unwägbarkeiten abhängt. Zum einen bleibt abzuwarten, ob Marine le Pen überhaupt kandidieren darf. Ihr wurde 2025 wegen massiver Veruntreuung von EU-Geldern für fünf Jahre das passive Wahlrecht aberkannt; derzeit findet ein Revisionsverfahren statt, ein Urteil wird im Sommer 2026 fallen. Sollte es beim passiven Wahlrechtsentzug bleiben, dann wird Le Pens Kronprinz und derzeitiger Parteichef, Jordan Bardella, als RN-Kandidat antreten; er ist zwar wesentlich beliebter als die Chefin, gilt mit seinen 30 Jahren aber als politisch noch recht unerfahren.

Weiterhin kommt es natürlich auf die Gegenkandidaten aus den anderen Lagern und Parteien an; da ist noch alles im Fluss.

Drittens schließlich bleibt die wichtige Frage, ob der tradierte Reflex der französischen Wählerinnen und Wähler, gegen die Rechtsextremen eine republikanische Front zu errichten, also eine demokratische Brandmauer, angesichts der erwähnten Zersplitterung und Zerrissenheit der Parteienlandschaft 2027 noch funktionieren wird.

Hochwahrscheinlich verfällt Frankreich nun bis zur Präsidentschaftswahl 2027 in einen innenpolitischen Stillstand. Gilt das auch für Frankreichs Außen-, Sicherheits- und Europapolitik?

Solch ein Stillstand steht zu erwarten, schon jetzt richtet sich der innenpolitische Diskurs ganz auf diese Wahl aus.

Der inzwischen äußerst unbeliebte Emmanuel Macron hat innenpolitisch die Macht weitestgehend verloren. Seine wichtigsten Reformen, die Lebensarbeitszeitverlängerung und eine unternehmens- und wachstumsfreundliche Steuerpolitik, wurden im aktuellen Budgetstreit soeben zu Grabe getragen – innenpolitisch wird er also keine markante Erbschaft hinterlassen. Damit bleibt Frankreichs Überschuldung ein Problem auch für die EU und den Euro.

Denn Macron bringt Frankreichs internationales Gewicht – geschrumpft zwar in den letzten Jahren, aber als Atommacht und Vetomacht in den Vereinten Nationen noch immer bedeutend – regelmäßig gekonnt und gut hörbar ein.

Auf der internationalen und europäischen Bühne hingegen kann Macron gemäß der Verfassung der V. Republik sehr aktiv und engagiert bleiben – und er wird es bleiben. In der Tat ist eine wichtige Rolle Macrons bei der Bewältigung der riesigen internationalen Probleme auch notwendig und willkommen. Denn Macron bringt Frankreichs internationales Gewicht – geschrumpft zwar in den letzten Jahren, aber als Atommacht und Vetomacht in den Vereinten Nationen noch immer bedeutend – regelmäßig gekonnt und gut hörbar ein; außerdem führt er den tradierten außenpolitischen Voluntarismus Frankreichs dezidiert fort, sei es bei der Unterstützung der Ukraine u.a. mit der Zusage, nach einem Waffenstillstand zur militärischen Absicherung des geschundenen Landes aktiv beizutragen, sei es mit klaren Worten zur Abwehr des neuen Imperialismus unter US-Präsident Trump. Dabei prescht Macron oft temporeich vor, zuletzt mit seiner Absage, am geradezu grotesk konstruierten und besetzten sog. Friedensrat des US-Führers teilzunehmen. Von Macrons klaren Positionierungen könnte sich Kanzler Merz mitunter inspirieren lassen – das deutsche Nein zu einer Teilnahme an diesem Konkurrenzprojekt zur UNO kam erst spät und ein bisschen verschämt daher.

Wenn Europa Macrons Sicherheitspolitik noch dringend braucht – wie kann Deutschland da helfen?

5

Kanzler Merz und seine Regierung sollten nicht der billigen Versuchung nachgeben, Macron jetzt schon abzuschreiben; danach sieht es derzeit aber aus. Gerade mit Blick auf 2027 sollte Deutschland Macron vielmehr den Rücken stärken, zu Hause, aber auch auf europäischer Bühne. Denn die EU braucht Macron dringend im Abwehrkampf gegen Trumps Handels-, NATO-, Ukraine- und Grönlandpolitik mit all ihren Erpressungen; ebenso bei der Selbstbehauptung Europas Russland und China gegenüber.

Die europapolitische Erfahrung lehrt uns, dass nur starke, gemeinsame Positionierungen Deutschlands und Frankreichs die EU zusammenhalten und voranbringen können. Und nichts braucht EU-Europa derzeit mehr als Einigkeit, Entschlossenheit und den Willen zur Selbstbehauptung – oder wie Macron seit 2017 fordert: Europa braucht europäische Souveränität. Deutschland unter Merz muss – wie vom Kanzler bei Amtsantritt versprochen – deutlich mehr in den deutsch-französischen „Motor der Integration“ investieren und sich stärker engagieren. Die aktuelle Annäherung zwischen Friedrich Merz und Italiens rechtspopulistischer Regierungschefin Giorgia Meloni darf auf keinen Fall das Signal setzen, dass man Macron fallenlässt und als wichtigsten Partner ausrangiert. Niemals kann Italien – noch dazu unter rechtspopulistischer Führung – Frankreich ersetzen! Denn wie schon Helmut Schmidt wusste: Ohne Frankreich ist alles nichts!

Es ist daher das Gebot der Stunde, gemeinsam mit Macron und allen Willigen Europa zu verteidigen, zu stärken und ihm Zukunft zu ermöglichen.

Macron wird noch bis Mai 2027 im Amt und außen-, sicherheits- sowie europapolitisch präsent und prägend sein. Das ist in unseren disruptiven Zeiten, in denen ein autoritärer und egomanischer US-Präsident jeden Tag eine neue internationale Frontlinie eröffnet, eine Ewigkeit. Es ist daher das Gebot der Stunde, gemeinsam mit Macron und allen Willigen Europa zu verteidigen, zu stärken und ihm Zukunft zu ermöglichen.

Prof. Dr. Gisela Müller-Brandeck-Bocquet ist emeritierte Professorin für Europaforschung und Internationale Beziehungen an der Julius-Maximilians-Universität Würzburg. In ihrer Forschung befasst sie sich mit europäischer und internationaler Politik, insbesondere der Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union sowie der deutschen und französischen Europapolitik. Im Laufe ihrer Karriere wurde ihr Lehrstuhl mit einem Jean-Monnet-Lehrstuhl ausgezeichnet, was die besondere Bedeutung ihrer Arbeiten zur europäischen Integration und EU-Außenpolitik unterstreicht. Zu ihren Publikationen zählen zahlreiche Bücher und Beiträge zur Außen- und Europapolitik, darunter Arbeiten zur deutschen Europapolitik, zur Rolle der Europäischen Union in der internationalen Politik sowie zur strategischen Partnerschaften der EU mit Indien.



✉ gisela.mueller-brandeck-bocquet@uni-wuerzburg.de

Über FoKS

Die Bayerische Wissenschaftsallianz für Friedens-, Konflikt- und Sicherheitsforschung bündelt interdisziplinäre Expertise an bayrischen Universitäten in den Sozial-, Technik-, Natur- und Geisteswissenschaften. Ziel ist es, angesichts globaler Herausforderungen wissenschaftliche Perspektiven zu entwickeln und gemeinsam mit Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern tragfähige Lösungsansätze zu erarbeiten. Die Allianz setzt sich für die Stärkung demokratischer, rechtsbasierter Strukturen ein und fördert eine national wie international sichtbare Vernetzung der Forschung in diesen Themenfeldern. Mehr auf www.foks-allianz.de

Impressum

Bayerische Wissenschaftsallianz für Friedens- Konflikt- und Sicherheitsforschung (FoKS)

Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt bei der Autorin und nicht bei der Bayerischen Wissenschaftsallianz für Friedens-, Konflikt- und Sicherheitsforschung. Anmerkungen sind direkt an den korrespondierenden Autor zu richten.

Erscheinungsdatum: 04.02.2026

Bayerische Wissenschaftsallianz für
Friedens-, Konflikt- und Sicherheitsforschung
Kaulbachstr. 31
D-80539 München
Tel. 0049 941 94 36 90 34

Präsidium:

Vorsitzender Prof. Dr. Udo Hebel (Präsident Universität Regensburg)
Stellv. Vorsitzende Prof. Dr. Eva-Maria Kern (Präsidentin Universität der Bundeswehr München)

Sprecherin: Prof. Dr. Monika Heupel, monika.heupel@uni-bamberg.de

Geschäftsstelle:

Dr. Lilli Banholzer, Wissenschaftliche Koordinatorin FoKS, lilli.banholzer@ur.de
Dr. Timo Lowinger, Wissenschaftlicher Koordinator FoKS, timo.lowinger@ur.de

Redaktion: Prof. Dr. Stephan Stetter, Dr. Lilli Banholzer, Dr. Timo Lowinger

Layout/Design: Dr. Timo Lowinger; **Titelbild:** bluedesign - stock.adobe.com

**.FRIEDEN
.KONFLIKT
.SICHERHEIT**